

# Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 24. Oktober 1990  
am Donnerstag, dem 25. Oktober 1990

## Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Bindig (SPD)	30	Müntefering (SPD)	60, 61
Börnsen (Bönstrup) (CDU/CSU)	7, 26	Oostergetelo (SPD)	12, 13
Brauer (DIE GRÜNEN/Bündnis 90)	56, 57	Reschke (SPD)	22, 23
Frau Bulmahn (SPD)	53, 54	Roth (SPD)	18, 19
Eigen (CDU/CSU)	39, 40	Frau Dr. Schönebeck (fraktionslos, PDS)	46, 47
Dr. Feldmann (FDP)	43, 44	Dr. Schumann (Kroppenstedt) (fraktionslos, PDS)	37, 38
Frau Dr. Fischer (fraktionslos, PDS)	4, 34	Dr. Seifert (fraktionslos, PDS)	45
Gansel (SPD)	6, 35	Dr. Sperling (SPD)	20, 21
Großmann (SPD)	16, 17	Dr. Sprung (CDU/CSU)	1
Häuser (SPD)	14, 15	Stiegler (SPD)	5, 52
Hinsken (CDU/CSU)	51	Such (DIE GRÜNEN/Bündnis 90)	10, 24
Dr. Jobst (CDU/CSU)	48, 49	Frau Wegener (fraktionslos, PDS)	36, 55
Dr. Kertscher (fraktionslos, PDS)	2, 3	Weis (Stendal) (SPD)	9, 50
Kirschner (SPD)	62	Frau Wollenberger (DIE GRÜNEN/Bündnis 90)	11, 25
Dr. Klejdzinski (SPD)	32, 33	Frau Wollny (DIE GRÜNEN/Bündnis 90)	58, 59
Lowack (CDU/CSU)	27, 31	Wüppesahl (fraktionslos)	28, 29
Marschewski (CDU/CSU)	8	Frau Würfel (FDP)	41, 42

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation . . . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau . . . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz . . . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft . . . . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern . . . . .	4
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . . .	5
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen . . . . .	7
Geschäftsbereich des Bundesminister der Finanzen . . . . .	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten . . . . .	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung . . . .	10
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung . . . . .	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr . . . . .	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit . . . . .	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen . . .	13

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Post  
und Telekommunikation**

1. Abgeordneter  
**Dr. Sprung**  
(CDU/CSU)  
Stimmt die Bundesregierung der Feststellung zu, daß durch die volle Einbeziehung der Umsätze der Deutschen Bundespost TELEKOM in den Bereich der Breitbandverkabelung erst zum 1. Januar 1996 die schon jetzt voll umsatzsteuerpflichtigen privaten Anbieter eine erhebliche Wettbewerbsbenachteiligung erleiden, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, diese Wettbewerbsbenachteiligungen so schnell wie möglich zu beenden, insbesondere im Hinblick darauf, daß nach dem erklärten Willen der Deutschen Bundespost die Verkabelung der gesamten Bundesrepublik Deutschland schon 1995 beendet sein soll?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung,  
Bauwesen und Städtebau**

2. Abgeordneter  
**Dr. Kertscher**  
(fraktionslos, PDS)  
Wann erfolgt eine Offenlegung der Vorstellungen der Bundesregierung bezüglich der Mietpreisentwicklung in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost?
3. Abgeordneter  
**Dr. Kertscher**  
(fraktionslos, PDS)  
Ist gesichert, daß sich diese Vorstellungen an der Einkommensentwicklung orientieren und sozial verträglich gestaltet werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz**

4. Abgeordnete  
**Frau  
Dr. Fischer**  
(fraktionslos, PDS)  
Wann ist die Ratifizierung der UNO-Konvention der Rechte des Kindes vorgesehen, und welche Gründe sprechen aus Sicht der Bundesregierung gegen eine baldige Ratifizierung?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft**

5. Abgeordneter  
**Stiegler**  
(SPD)                      Wie ist der Stand der Diskussion über die Zukunft der Zonenrandförderung, und welche alternativen Konzepte nach der vereinbarten Übergangsregelung erwägt die Bundesregierung für den an die CSFR angrenzenden Raum Niederbayern-Oberpfalz?
6. Abgeordneter  
**Gansel**  
(SPD)                      Welche Zusage hat die Bundesregierung dem Königreich Saudi-Arabien in bezug auf den Export von Kriegswaffen und Rüstungsgütern gegeben oder in Aussicht gestellt?

**Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern**

7. Abgeordneter  
**Börnßen**  
**(Bönstrup)**  
(CDU/CSU)                      Erwägt die Bundesregierung, eine Grundgesetzänderung in der neuen gesamtdeutschen Verfassung zugunsten der dänischen Minderheit und der Friesen im Landesteil Schleswig sowie der Sorben in der heutigen DDR vorzuschlagen, oder vertritt die Bundesregierung die Ansicht, daß der notwendige Minderheitenschutz angesichts der Kulturhoheit der Länder durch Aufnahme in die Landesverfassungen gesichert werden kann, wie es bereits in der neuen schleswig-holsteinischen Verfassung durch Artikel 5 erfolgt ist?
8. Abgeordneter  
**Marschewski**  
(CDU/CSU)                      Was kann und was wird die Bundesregierung tun, um zu erreichen, daß die sog. liberale Handhabung bestimmter Rechtschreibprobleme durch Berlin zugunsten der Wahrung der Einheitlichkeit der deutschen Sprache wieder geändert wird?
9. Abgeordneter  
**Weis**  
**(Stendal)**  
(SPD)                      Welche Mittel stellt die Bundesregierung für den Erhalt kultureller Einrichtungen außerhalb der Ballungsräume wie z. B. für Theater in Mittelstädten unter 75 000 Einwohnern auf dem Gebiet der früheren DDR zur Verfügung?
10. Abgeordneter  
**Such**  
(DIE GRÜNEN/  
Bündnis 90)                      Seit wann lagen Nachrichtendiensten oder Sicherheitsbehörden des Bundes Hinweise auf eine mögliche Stasi-Mitarbeit des beurlaubten Generalsekretärs der DDR-CDU, Martin Kirchner, vor, und mit welchen Ergebnissen sind diese Behörden jenen Hinweisen oder aber den seit Januar 1990 dem hessischen Landesamt für Verfassungsschutz vorliegenden entsprechenden Informationen nachgegangen?

11. Abgeordnete  
**Frau Wollenberger**  
(DIE GRÜNEN/  
Bündnis 90)
- Inwieweit treffen Berichte zu, wonach der Bundesminister des Innern persönlich oder aber durch Mitarbeiter seines Hauses im Frühjahr 1990 Gespräche mit dem wegen des Verdachts der Stasi-Mitarbeit beurlaubten Generalsekretärs der DDR-CDU, Martin Kirchner, über dessen Kontakte zum Ministerium für Staatssicherheit führten und ihm hierzu Ratschläge erteilten, und welche Ratschläge erteilten sie ihm?

### **Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes**

12. Abgeordneter  
**Oostergetelo**  
(SPD)
- Warum spart das Gutachten des Instituts der deutschen Wirtschaft über die „Wirtschaftlichen und sozialen Perspektiven der deutschen Einheit“ die Bereiche Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft völlig aus, obwohl der Anteil dieses Wirtschaftsbereiches – vor allem bei regionaler Betrachtung in den neuen Bundesländern – am Bruttosozialprodukt relativ hoch ist, und wäre es nicht dringend erforderlich gewesen, bei der Untersuchung der wirtschaftlichen und sozialen Vorteile der deutschen Einheit für die Deutschen in der ehemaligen DDR auch die Problematik des Verlustes von rund 400000 Arbeitsplätzen im oben genannten Bereich mit in die Untersuchung einzubeziehen?
13. Abgeordneter  
**Oostergetelo**  
(SPD)
- Wäre es nicht auch unbedingt erforderlich gewesen, die mit der Einheit verbundenen Auswirkungen auf die Agrarstruktur, insbesondere den möglichen Konkurrenzdruck in der Zukunft der größeren Betriebe in der ehemaligen DDR gegenüber den kleinbetrieblichen Strukturen in den alten Bundesländern und in den übrigen EG-Ländern, in das Gutachten miteinzubeziehen?
14. Abgeordneter  
**Häuser**  
(SPD)
- Warum wird in der Kurzfassung des Gutachtens des Instituts der deutschen Wirtschaft über die „Wirtschaftlichen und sozialen Perspektiven der deutschen Einheit“ die Forderung, für Neubauten, Leerstände und sanierte Wohnungen die Mieten völlig freizugeben, nicht erwähnt?
15. Abgeordneter  
**Häuser**  
(SPD)
- Warum wird in der Kurzfassung des Gutachtens des Instituts der deutschen Wirtschaft über die „Wirtschaftlichen und sozialen Perspektiven der deutschen Einheit“ die besondere Bedeutung einer staatlichen Bausparförderung nicht erwähnt?
16. Abgeordneter  
**Großmann**  
(SPD)
- Warum wird in der Kurzfassung des Gutachtens die positive Bewertung des Modells der Mietermodernisierung nicht erwähnt?

17. Abgeordneter  
**Großmann**  
(SPD) Warum wird in der Kurzfassung des Gutachtens die negative Bewertung des Modells Erwerb von Belegungsbindungen nicht erwähnt?
18. Abgeordneter  
**Roth**  
(SPD) Sieht die Bundesregierung in der vom Bundespresseamt vertriebenen Broschüre „Die Deutsche Einheit – ein Gewinn für uns alle“ eine sorgfältige Wiedergabe der vom Institut der deutschen Wirtschaft in dem Gutachten „Wirtschaftliche und soziale Perspektiven der deutschen Einheit“ angestellten Analyse?
19. Abgeordneter  
**Roth**  
(SPD) Beschränkte sich der Auftrag zur oben genannten Analyse auf die Darstellung von Positivmeldungen zur aktuellen Lage der Integration der Wirtschaft der früheren DDR in die Bundesrepublik Deutschland, und weshalb wurden alle kritischen Anmerkungen des Gutachtens unterschlagen?
20. Abgeordneter  
**Dr. Sperling**  
(SPD) Wie ist die Summe von 9 Mrd. DM (laut Broschüre „Die deutsche Einheit – ein Gewinn für uns alle“ belaufen sich Mehrausgaben der Gebietskörperschaften in den nächsten zehn Jahren für die Anschubfinanzierung der sozialen Sicherung auf rund 9 Mrd. DM) vor dem Hintergrund von Expertenaussagen (Sachverständigenanhörung der SPD-Bundestagsfraktion vom 10. Oktober 1990) über ungedeckte Finanzierungsdefizite in der Sozialversicherung in Höhe von mehr als 30 Mrd. DM für 1991 zu verstehen?
21. Abgeordneter  
**Dr. Sperling**  
(SPD) Wie kann eine Selbstfinanzierung der Einheit errechnet werden, wenn der Gutachter der Broschüre feststellt, daß „der zukünftige Finanzbedarf für die Arbeitslosenversicherung einstweilen noch im dunkeln liegt.“?
22. Abgeordneter  
**Reschke**  
(SPD) Warum wird in der Kurzfassung des Gutachtens „Wirtschaftliche und soziale Perspektiven der deutschen Einheit“, die das Bundespresseamt erstellt hat, nicht der Vorschlag der Gutachter erwähnt, Wohnungskündigungen wegen Eigenbedarfs zu erleichtern?
23. Abgeordneter  
**Reschke**  
(SPD) Warum heißt es in der Kurzfassung des Gutachtens „stufenweise Freigabe der Mieten“, während das Gutachten die Aussage trifft „Die Chancen einer angemessenen Wohnungsversorgung der DDR werden stark davon abhängen, wie schnell sich die gegenwärtigen Mieten an tatsächliche Knappheitsmieten herantasten können.“?
24. Abgeordneter  
**Such**  
(DIE GRÜNEN/  
Bündnis 90) Treffen Berichte zu, wonach sich der wegen des Verdachts der Stasi-Mitarbeit beurlaubte Generalsekretär der DDR-CDU, Martin Kirchner, schon vor der politischen Wende in der DDR am 9. November 1990 zu politischen Gesprächen mit

Vertretern von Bundesregierung und Landesregierungen getroffen hat, darunter dem Bundeskanzler und dem hessischen Ministerpräsidenten?

25. Abgeordnete  
**Frau Wollenberger**  
(DIE GRÜNEN/  
Bündnis 90)
- Treffen Informationen zu, wonach dem BND ein Tonbandbericht Martin Kirchners für das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit bzw. eine Abschrift hiervon vorliegen, und wenn ja, seit wann und mit welchem Inhalt?

### **Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen**

26. Abgeordneter  
**Börnsen**  
(Bönstrup)  
(CDU/CSU)
- Nachdem die dänische Staatsregierung durch Ministerpräsident Poul Schlüter am 22. August 1990 in einer parlamentarischen Antwort die Bonn-Kopenhagener-Minderheitenerklärung in Übereinstimmung mit der Bundesregierung in aller Klarheit als völkerrechtliche Verpflichtung bezeichnet hat und nunmehr der Status dieser Erklärung aus dem Jahr 1955 für die deutsche Volksgruppe in Dänemark und für die dänische Minderheit in Deutschland gerade auch vor dem Hintergrund der deutschen Einheit eindeutig und zukunftsweisend geklärt und gesichert ist, frage ich die Bundesregierung, werden diese Grundsätze des deutsch-dänischen Minderheitenmodells auch auf andere deutsche Volksgruppen in Osteuropa im Rahmen der KSZE-Menschenrechtskonferenz angewandt?
27. Abgeordneter  
**Lowack**  
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, bei den anstehenden deutsch-polnischen Verhandlungen auf der Einräumung von Volksgruppenrechten für die Deutschen zu bestehen im Hinblick auf die Äußerung des polnischen Ministerpräsidenten Mazowiecki, wonach er nicht bereit wäre, den Deutschen in den Oder-Neiße-Gebieten Minderheitenrechte zuzugestehen?
28. Abgeordneter  
**Wüppesahl**  
(fraktionslos)
- Trifft es tatsächlich zu, daß die Bundesregierung am 18. Oktober (Auskunft des Auswärtigen Amtes) erst „Konzepte“ zu einem Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen erarbeitet hat, wenn sie einige Tage später bereits in konkrete Verhandlungsgespräche einsteigt, und beschreibt das Konzept des Nachbarschaftsvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen auch längst überfällige Regelungen für die Entschädigung ehemaliger polnischer Zwangsarbeiter bei deutschen Firmen bzw. staatlichen Institutionen und Häftlingen deutscher Konzentrationslager in der Zeit von 1933 bis 1945, oder geht die Bundesregierung davon aus, daß mit der endgültigen Anerkennung der polnischen Westgrenze durch die Bundesregierung diese und ähnliche Ansprüche polnischer oder ehemals polnischer Bürger abgegolten sind?

29. Abgeordneter  
**Wüppesahl**  
(fraktionslos)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß maßgebliche politische Kräfte auf öffentlichen Veranstaltungen der Regierung der Republik Polen die Annahme eines Nachbarschaftsvertrages mit der Bundesregierung unter besonderem Hinweis auf „deutsches Eigentum in diesen Gebieten“ anempfehlen, obgleich an dessen Konzept, nach Auskunft des Auswärtigen Amtes, dort noch gearbeitet wird und die Verhandlungen darüber mit der Regierung der Republik Polen erst Ende Oktober 1990 beginnen sollen und somit die polnische Position dazu noch nicht gehört wurde, und wie bewertet die Bundesregierung diese Empfehlung, die als Aufforderung zur Blanko-Unterschrift gewertet werden muß, angesichts des aus der Geschichte heraus problematischen Verhältnisses der Bundesrepublik Deutschland zu Polen, nach dem sich ein solches Vertrags-Diktat ausschließen sollte?
30. Abgeordneter  
**Bindig**  
(SPD)
- Treffen nach Information der Bundesregierung Pressemeldungen zu, nach denen der türkische Staatsminister Mehmet Kececiler angekündigt hat, die türkische Regierung wolle nahezu 200 meist wegen politischer Vergehen zum Tode Verurteilte hinrichten lassen, und wenn ja, welche konkreten Schritte bilateral, im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit und im Ministerkomitee des Europarates hat die Bundesregierung ergriffen bzw. will sie ergreifen, um die türkische Regierung auf die Einhaltung europäischer Menschenrechtsstandards zu drängen?

### **Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen**

31. Abgeordneter  
**Lowack**  
(CDU/CSU)
- Inwieweit ist bei den an die Sowjetunion zu bezahlenden Stationierungskosten und der weiteren Verpflichtung, für ca. 8 Milliarden DM Wohnungen in der Sowjetunion zu bauen, eine Aufrechnung mit Ansprüchen erfolgt, die die Sowjetunion aus der Ablösung von ihr bislang beanspruchter Liegenschaften geltend macht, und in welcher Höhe werden diese Liegenschaften von sowjetischer Seite bewertet?
32. Abgeordneter  
**Dr. Klejdzinski**  
(SPD)
- Welche Absichten hat die Bundesregierung mit den in den fünf neuen Bundesländern gelegenen Truppenübungsplätzen und anderen militärisch genutzten Gebieten, die wegen der Auflösung der nationalen Volksarmee und der Reduzierung der Streitkräfte nicht mehr militärisch genutzt, sondern in die zivile Nutzung überführt werden sollen?

33. Abgeordneter  
**Dr. Klejdzinski**  
(SPD)
- Wie will die Bundesregierung sicherstellen, daß bei der Überführung dieser Gebiete in die zivile Nutzung notfalls auch zu Lasten einer optimalen Kommerzialisierung irreparable Eingriffe in die Natur vermieden werden?
34. Abgeordnete  
**Frau  
Dr. Fischer**  
(fraktionslos, PDS)
- Was unternimmt die Bundesregierung, um den Bürgern der ehemaligen DDR, entsprechend den Vereinbarungen im Einigungsvertrag, Anteilsrechte am ehemaligen volkseigenen Vermögen zu sichern, und wann ist mit Aussagen zum Termin der Ausgabe und zur Höhe der Anteilsrechte zu rechnen?
35. Abgeordneter  
**Gansel**  
(SPD)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis davon, daß die zuständigen Finanzbehörden untersucht haben, ob im Zusammenhang mit dem U-Boot-Geschäft mit Südafrika Provisionen in Millionenhöhe von deutschen Unternehmen an deutsche Steuerpflichtige über Konten in Liechtenstein und der Schweiz gezahlt haben, und wenn nein, wird sich die Bundesregierung bei den obersten Landesfinanzbehörden entsprechend informieren?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

36. Abgeordnete  
**Frau  
Wegner**  
(fraktionslos, PDS)
- Nach welchen Kriterien soll die in Artikel 25 des Einigungsvertrages vorgesehene Möglichkeit der Einzelfallentschuldung landwirtschaftlicher Betriebe in den fünf neuen Bundesländern erfolgen, und wie steht die Bundesregierung zur Möglichkeit eines mehrjährigen Kapitaldienstmoratoriums für Genossenschaften und andere Landwirtschaftsbetriebe mit tragfähigen Betriebsentwicklungsplänen?
37. Abgeordneter  
**Dr. Schumann  
(Kroppenstedt)**  
(fraktionslos, PDS)
- Wie steht die Bundesregierung zur Gewährung von Bundesbürgschaften für Investitionskredite im Interesse der Modernisierung des Produktionsapparatesentwicklungsfähiger landwirtschaftlicher Genossenschaften, und ist der Bundesregierung bekannt, daß seitens der Banken landwirtschaftliche Genossenschaften derzeit nicht als bonitätsmäßig einwandfreie Kreditnehmer gelten?
38. Abgeordneter  
**Dr. Schumann  
(Kroppenstedt)**  
(fraktionslos, PDS)
- Mit welchen Maßnahmen wird die Bundesregierung die Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus dem Agrarbereich der ostdeutschen Länder unterstützen?

39. Abgeordneter  
**Eigen**  
(CDU/CSU)
- Welche Auswirkungen haben die Vorschläge der EG-Kommission für die GATT-Verhandlungen auf die Einkommen der bäuerlichen Familien in der Bundesrepublik Deutschland und in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft?
40. Abgeordneter  
**Eigen**  
(CDU/CSU)
- Sind die Vorschläge der EG-Kommission, das Stützniveau für Agrarprodukte um 30% zu senken, noch mit dem Vertrag von Rom zu vereinbaren, in dem die Landwirtschaft der Europäischen Gemeinschaften die Präferenz für die Erzeugung von Nahrungsmitteln für die Verbraucher der Europäischen Gemeinschaften gesichert bekam?
41. Abgeordnete  
**Frau Würfel**  
(FDP)
- Wie schützt die Bundesregierung den deutschen Tierbestand und damit die Bevölkerung vor der weiteren Ausbreitung von BSE über das sechsmonatige Verbot der Einfuhr von britischem Tiermehl hinaus, und wie wird gewährleistet, daß das Einfuhrverbot nicht durch Handelswege umgangen wird?
42. Abgeordnete  
**Frau Würfel**  
(FDP)
- Plant die Bundesregierung zur Unterbrechung der Infektionskette die Verfütterung von Tierkörpermehlen an Wiederkäuer generell zu verbieten, da diese Tierfütterung eine für Wiederkäuer unnatürliche Nahrung darstellt und zudem noch eine mögliche Gefahr der Übertragung von BSE durch Rindfleisch sowie daraus hergestellte Nahrungsmittel bzw. andere Produkte (z. B. Milch, Lactose, Gelatine) auf Menschen nicht ausgeschlossen werden kann?

### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung**

43. Abgeordneter  
**Dr. Feldmann**  
(FDP)
- Unter welchen Voraussetzungen ist im Gastgewerbe nach derzeitiger Rechtslage die Beschäftigung von abgelehnten Asylbewerbern bzw. Asylbewerbern, die sich noch im Anerkennungsverfahren befinden, möglich?
44. Abgeordneter  
**Dr. Feldmann**  
(FDP)
- In welcher Weise werden die Beschäftigungsmöglichkeiten für beide Personengruppen durch das am 1. Januar 1991 in Kraft tretende Ausländergesetz und die noch geplanten Ausführungsverordnungen verändert?
45. Abgeordneter  
**Dr. Seifert**  
(fraktionslos, PDS)
- Wie wird die Bundesregierung dafür sorgen, daß Invalidenrente, Pflegegeld und Wohnzuschuß als einkommensunabhängige, dynamische und steuerfinanzierte Grundeinnahmen für Menschen mit Behinderungen anerkannt und eingeführt werden?

46. Abgeordnete  
**Frau  
Dr. Schönebeck**  
(fraktionslos, PDS)      Bleibt die Bundesregierung bei ihrem Vorschlag, daß die Sozialzuschläge für rund 600 000 Rentner, die die niedrigsten Renten erhalten, nicht erhöht werden?
47. Abgeordnete  
**Frau  
Dr. Schönebeck**  
(fraktionslos, PDS)      Müßten nicht, zumindest bis zur Erreichung einer bestimmten Mindesthöhe der Renten, die nicht unter 800 DM liegen dürfte, die Sozialzuschläge in die Dynamisierung einbezogen werden?

### **Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung**

48. Abgeordneter  
**Dr. Jobst**  
(CDU/CSU)      Nachdem die Bundesregierung bis vor kurzem erklärt hat, daß Entscheidungen über die Umstrukturierung der Bundeswehr erst Mitte 1991 getroffen werden könnten, frage ich sie, wieso jetzt Truppenkommandeure der Bundeswehr Entscheidungen über eine Auflösung und Umgruppierung von Einheiten öffentlich bekanntgeben können?
49. Abgeordneter  
**Dr. Jobst**  
(CDU/CSU)      Wird die Bundesregierung an ihrer Haltung festhalten, in erster Linie Einheiten und Standorte in den Ballungsräumen aufzulösen oder zu verringern und die Garnisonen in den ländlichen Regionen möglichst bestehen zu lassen, und wieso beginnt jetzt die Reduzierung der Garnisonen gerade in den ländlichen Regionen?
50. Abgeordneter  
**Weis  
(Stendal)**  
(SPD)      In welchem Umfang beabsichtigt die Bundesregierung, die bisher militärisch durch die NVA oder die sowjetischen Besatzungstruppen genutzten Gelände in der Altmark (Bundesland Sachsen-Anhalt) künftig einer zivilen Nutzung zuzuführen?

### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr**

51. Abgeordneter  
**Hinsken**  
(CDU/CSU)      Welche Arbeiten sind bereits im Zusammenhang mit der Schienengrenzöffnung Bayerisch Eisenstein parallel zu den Arbeiten auf der tschechischen Seite, auch unter Berücksichtigung des frühen Wintereinbruchs im Bayerischen Wald, begonnen worden, und ist sichergestellt, daß die erforderlichen Investitionen bis zur Wiederöffnung im Mai 1991 abgeschlossen sind?

52. Abgeordneter  
**Stiegler**  
(SPD)
- Wird die Bundesregierung in Anbetracht der unerträglichen Zustände am Grenzübergang Waidhaus den Bau des gemeinsamen Grenzübergangs vorziehen, und sieht sie eine Möglichkeit, bei der Ausweisung der Autobahn A 6 Nürnberg – Prag parallel zur Autobahn eine Neubau-  
strecke der Deutschen Bundesbahn auszuweisen?
53. Abgeordnete  
**Frau  
Bulmahn**  
(SPD)
- Was hat die Bundesbahndirektion Hannover im einzelnen in einem Schreiben an den Hauptvorstand der Deutschen Bundesbahn bemängelt, in dem es nach Berichten der Neuen Presse (16. Oktober 1990) und der Hannoverschen Allgemeinen (17. Oktober 1990) heißt, „der Güterverkehr der Deutschen Bundesbahn hat einen katastrophalen Tiefstand erreicht“, und wie wertet die Bundesregierung die einzelnen Kritikpunkte?
54. Abgeordnete  
**Frau  
Bulmahn**  
(SPD)
- Wie hat sich das Überstundenaufkommen bei der Deutschen Bundesbahn im Bereich der Bundesbahndirektion Hannover seit 1988 (in Stunden und relativ zum Gesamtarbeitsvolumen) entwickelt, und innerhalb welchen Zeitraumes hat die Deutsche Bundesbahn die Ausgleichsansprüche der Beschäftigten realisiert?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**

55. Abgeordnete  
**Frau  
Wegener**  
(fraktionslos, PDS)
- Welche Teile des Sero-Systems (Altstoffhandel) der ehemaligen DDR hält die Bundesregierung für erhaltenswert, und welche Maßnahmen unternimmt sie, um diese Teile zu unterstützen?
56. Abgeordneter  
**Brauer**  
(DIE GRÜNEN/  
Bündnis 90)
- Auf Grundlage welcher Analysen und Kriterien ist die Bundesregierung der Auffassung, daß bzgl. des atomaren Endlagers Morsleben keine unmittelbare Gefahr für Mensch und Umwelt besteht und deshalb die Einlagerung radioaktiver Abfälle fortgesetzt werden kann?
57. Abgeordneter  
**Brauer**  
(DIE GRÜNEN/  
Bündnis 90)
- Inwieweit erfüllt das Endlager Morsleben die Sicherheitsanforderungen an ein Endlager, wie sie zum einen in der Empfehlung der Reaktorsicherheitskommission „Sicherheitskriterien für die Endlagerung radioaktiver Abfälle in einem Bergwerk“ und zum anderen in der Empfehlung der Strahlensicherheitskommission „Strahlenschutzaspekte bei der Endlagerung radioaktiver Abfälle in geologischen Formationen“ festgelegt wurden?

58. Abgeordnete  
**Frau Wollny**  
(DIE GRÜNEN/  
Bündnis 90)
- Für welche Arten radioaktiver Abfälle soll das Endlager Morsleben in Zukunft genutzt werden, und werden für erforderliche technische Nachrüstmaßnahmen behördenintern bzw. -extern bereits Ausschreibungsunterlagen und Kostenberechnungen erstellt?
59. Abgeordnete  
**Frau Wollny**  
(DIE GRÜNEN/  
Bündnis 90)
- Wer ist im einzelnen Inhaber der auf dem Gebiet der ehemaligen DDR gemäß § 57 a Atomgesetz fortbestehenden atomrechtlichen Genehmigungen für Atomanlagen, und inwieweit wird von den jeweiligen Genehmigungsinhabern die gesetzlich geforderte Vorsorge für die Erfüllung von Schadensersatzverpflichtungen (Deckungsvorsorge) erbracht?

### **Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen**

60. Abgeordneter  
**Müntefering**  
(SPD)
- Auf welcher Bestimmung des Einigungsvertrages beruht die Aussage in der Broschüre des innerdeutschen Ministeriums „Einhundertzwanzig Antworten, Hinweise für den Alltag in den neuen Bundesländern“, daß Mieten bis zum 31. Dezember 1991 nicht erhöht werden können?
61. Abgeordneter  
**Müntefering**  
(SPD)
- Auf welcher Bestimmung des Einigungsvertrages beruht die Aussage in der Broschüre des innerdeutschen Ministeriums „Einhundertzwanzig Antworten, Hinweise für den Alltag in den neuen Bundesländern“, daß bis zu 11% der Instandhaltungskosten von Wohnraum auf die Jahresmiete umgelegt werden können?
62. Abgeordneter  
**Kirschner**  
(SPD)
- Welche Zusammenarbeit ergab sich aus der früheren anwaltlichen Tätigkeit des Bundesministers für besondere Aufgaben, Lothar de Maizière, bei Verfahren im Rahmen der DDR-Gesetzgebung hinsichtlich der Familienzusammenführung und insbesondere des politischen Strafrechts mit der jetzigen und früheren Bundesregierungen?

Bonn, den 19. Oktober 1990





